

Kurzdokumentation

3. Forum „Dialog Wesermarsch“

Donnerstag, 15.03.2018 – 18:00 Uhr bis 21:45 Uhr

Landkreis Wesermarsch, Großer Sitzungssaal

Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Ansprechpartner*innen:
Katharina Krause
Andreas Denninghoff

Inhalt

Vorbemerkung	1
1 Begrüßung	1
2 „Kernkraftwerke sicher rückbauen“ – Teil I	3
2.1 Vortrag	3
2.2 Diskussion	4
3 „Kernkraftwerke sicher rückbauen“ – Teil II	5
3.1 Vortrag	5
3.2 Diskussion	6
4 Pause	7
5 „Sicherer Rückbau“	7
5.1 Vortrag	7
5.2 Diskussion	9
6 Ideensammlung Bürgerdialog „Nachnutzung“	9
7 Verabschiedung	11

Vorbemerkung

Der Landkreis Wesermarsch hat mit der Förderung des niedersächsischen Umweltministeriums eine erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung zum Rückbau des Kernkraftwerkes Unterweser angestoßen. Diese findet in Form eines Dialogprozesses statt und setzt sich aus zwei verschiedenen Dialogformaten zusammen. Drei dieser Veranstaltungen sind öffentliche Bürgerdialoge, auf denen die Bürger*innen über den Rückbau sachkundig und verständlich informiert werden. Diese Bürgerdialoge wechseln sich mit Foren ab, bei denen in einem festen Kreis von Interessenvertreter*innen aus der Wesermarsch und angrenzenden Gemeinden verschiedene Aspekte des Rückbaus diskutiert werden. Im Forum sind Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Kommunalvertreter*innen, Umweltorganisationen und -initiativen vertreten.

1 Begrüßung

Matthias Wenholt begrüßte die anwesenden Mitglieder und die erschienenen Gäste. Er erklärte, dass es zur dritten Sitzung des Forums mehrfache Krankmeldungen gegeben habe.

Er blickte dann auf die bisherige Veranstaltungsreihe zurück: Beim ersten Bürgerdialog wurden auf einem Infomarkt grundlegende Informationen zum Rückbau des KKW vorgestellt. Im anschließenden ersten Forum wurden die Maßnahmen zum Rückbau näher betrachtet und erläutert. Im zweiten Forum wurde dann aufgezeigt, wie die Umgebungssicherheit des KKW sichergestellt und vor allem welche Überwachungsmaßnahmen es gibt. Auf dem zweiten Bürgerdialog wurde dann näher beleuchtet, was mit den anfallenden Abfällen passiert. Hier gab es verschiedene Vorträge zum Thema Deponierung. Diskutiert wurde dabei mit der Fish-Bowl-Methode. Diese ermöglicht, Interessierten ihre Fragen differenziert und konkret beantworten zu lassen. Das dritte Forum wird die Anlagensicherheit beim Rückbau zum Thema haben. Bei der nächsten Veranstaltung, dem dritten Bürgerdialog, werde man unterschiedliche Aspekte des Themas „Nachnutzung“ behandeln. Insgesamt habe man im Laufe des Prozesses viele Stunden miteinander diskutiert. Ziel war es, die komplexe Rückbauthematik in Häppchen zu teilen.

In diesem Zusammenhang berichtete Herr Wenholt von einer Delegationsreise des Landkreises zum Kernkraftwerk Würgassen. Dort habe man das Ergebnis des Rückbaus gesehen. In der Wesermarsch hat der Prozess, der zu diesem Ergebnis führt, erst begonnen.

Er stelle daraufhin die anwesenden Referenten vor:

- Thomas Mandrysch und Markus Wentzke (PreussenElektra) referierten zum Thema „Kernkraftwerke sicher rückbauen“ und berichteten dabei auch von ihren Erfahrungen beim Rückbau des KKW (Kernkraftwerk Würgassen)
- Dr. Michael Knaack (Senior Expert Decommissioning TÜV NORD) beleuchtete in seinem Vortrag „Sicherer Rückbau“ verschiedene Aspekte sowie Vor- und Nachteile verschiedener Stilllegungs- und Abbauprozesse

Herr Wenholt übergab dann an Frau Krause, die das Programm der Sitzung vorstellte.

18:00 Uhr	Beginn
18:00 Uhr	Begrüßung
18:05 Uhr	Einführung und Programm
18:15 Uhr	„Kernkraftwerke sicher rückbauen“ – Teil I Thomas Mandrysch, Kompetenzcenter Rückbau und Entsorgung, PreussenElektra Unternehmenszentrale
18:35 Uhr	Diskussion
19:00 Uhr	„Kernkraftwerke sicher rückbauen“ – Teil II Markus Wentzke, Betriebsleiter des Kernkraftwerks Würgassen
19:20 Uhr	Diskussion
19:45 Uhr	Pause
20:15 Uhr	„Sicherer Rückbau“ Dr. Michael Knaack, Senior Expert Decommissioning TÜV NORD EnSys GmbH & Co. KG
20:45 Uhr	Diskussion
21:15 Uhr	Gemeinsame Ideensammlung zum 3. Bürgerdialog „Nachnutzung“ Format – Schwerpunkte – Themen
21:45 Uhr	Verabschiedung und Ende

Herr Jansen, Vertreter für die Bürgerinitiative Aktion Z, bat vor Beginn der Sitzung um das Wort. Er las eine schriftliche Stellungnahme vor. In dieser kritisierte er, dass der Dialogprozess die Bürger*innen nicht erreicht hätte, nur die Betreiberin und Behörden zu Wort gekommen wären und es damit nicht zu einer Meinungsvielfalt gekommen sei. Vor diesem Hintergrund gebe es keinen Grund weiter am Prozess teilzunehmen. Am Schluss der Erklärung verließen die Vertretenden der Aktion Z, des AK Wesermarsch und der Biologischen Schutzgemeinschaft Hunte-Weser-Ems die Sitzung und das Forum.

Die vollständige Erklärung wird mit dieser Dokumentation verschickt.

2 „Kernkraftwerke sicher rückbauen“ – Teil I

Thomas Mandrysch stellte in seinem Vortrag die Rahmenbedingungen für den Rückbau des Kernkraftwerkes Unterweser vor. So ist die Voraussetzung für den Beginn des Rückbaus das Vorliegen einer Stilllegungs- und Abbaugenehmigung sowie die jeweiligen Stilllegungs- und Demontageanzeigen. Zudem unterliegen, solange die atomrechtliche Überwachung einer Rückbauanlage nicht beendet wurde, alle Rückbauaktivitäten einem aufsichtlichen Zustimmungs- und Anzeigeverfahren. Zudem ist ein wichtiger Aspekt, dass die Anlagensicherung und Sicherheitsanforderungen dem fortschreitenden Rückbau angepasst werden.

2.1 Vortrag

Herr Mandrysch stellte verschiedene Maßnahmen und Instrumentarien des Rückbaus vor. Diese sind:

- 1) Administrativ: (z.B. behördliche Aufsicht, Sachverständige/Gutachter, Qualifikationen, Schulung + Training, Gefährdungsbeurteilungen, Regelwerke: KTA, Arbeitsschutz, ...)
- 2) Operativ: (personell: AvO, VdA, Manager-in-the-Field, Vor-Ort-Einweisungen, erprobte Technik, Mock-up, Anwendung von HSE und HPO, ...)
- 3) Technisch: (Maßnahmen für Dekontamination / Strahlenschutz / Arbeitsschutz/...)

Wesentliche Stufen nach Abschaltung eines Kernkraftwerkes, die die Sicherheit am Standort beeinflussen, sind:

- die Schaffung der Brennstofffreiheit,
- die Trockenlegung von Primär- und Sekundärsystemen (Wasserfreiheit) und
- die Dekontamination von Systemen und Strukturen aller Raumbereiche
- konventioneller Abbruch

2.2 Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag gab es verschiedene Fragen. Ein Teilnehmer wollte wissen, was mit dem Wasser aus dem Wasserbecken geschehe. Herr Mandrysch erklärte, dass dieses Wasser eingedampft werde. Die zurückbleibenden Verschmutzungen werden in Mosaikbehältern verschlossen. Sobald das Zwischenlager Schacht-Konrad fertig ist, werden diese schwach- und mittelradioaktiven Abfälle dort gelagert.

Eine weitere Frage bezog sich auf Sicherheit des Rückbaus in Bezug auf den Einsatz des Personals. So sei es üblich, für die beschäftigten Personen Schulungen anzubieten und einen Informationsaustausch untereinander zu etablieren. Zudem gehöre eine Risikoabschätzung dazu. Daran schloss sich die Frage an, wie viele Personen beim Rückbau arbeiten. Hierzu wurde erläutert, dass dies auch beim Rückbau dazugehöre. Jeder Arbeitsvorgang werde bewertet und aufgenommen. Alle Arbeitsteams starten mit einer Vorbesprechung. Insgesamt werden rund 300 Personen beim Rückbau mitarbeiten.

Die nächste Frage bezog sich auf die Deponierung freigemessener Abfälle auf der Deponie Käseburg. Es wurde bemängelt, dass die betroffenen Bürger*innen nicht informiert worden seien. Es wurde zudem gefragt, seit wann die Entscheidung für Käseburg feststeht und warum es nicht, wie in verschiedenen Zeitungen berichtet, die Deponie Driftsethe ist. Dazu äußerte sich ein Vertreter von PreussenElektra und erklärte, dass das Kreislaufwirtschaftsgesetz eine Deponierung in Käseburg vorsehe. Berichte über Driftsethe seien demnach nicht richtig gewesen. Von Seiten des Landkreises wurde ergänzt, dass im Braker Teil der Zeitung darüber berichtet wurde. Zudem hat der Dialogprozess das Thema Deponierung aufgegriffen. Auf dem zweiten Bürgerdialog, der dies zum Thema hatte, wurde über verschiedene Kanäle hingewiesen. Ein weiterer Teilnehmer, der den Bericht gelesen hatte, erwiderte, dass dieser sehr klein gewesen sei.

Auf den Vortrag bezogen wollte ein Teilnehmer wissen, wie gewährleistet werden könne, dass Arbeiter*innen mit ausreichender Qualifikation den Rückbau realisieren, da ja auch viele Leute aus der Region beim Rückbau mitarbeiten. Dazu wurde ergänzt, dass während des Betriebes rund 1000 Personen bei hoher Kontrolldichte im Kraftwerk gearbeitet haben. Dieses Eigenpersonal von PreussenElektra plant, steuert und

überwacht nun den Rückbau des Kraftwerkes und der dabei eingesetzten Fremdfirmen.

3 „Kernkraftwerke sicher rückbauen“ – Teil II

Markus Wentzke berichtete in seinem Vortrag von seinen Erfahrungen beim Rückbau des Kernkraftwerkes Würgassen. Er erläuterte zudem, wie der Rückbau ganz praktisch vollzogen wird, welche Geräte dafür eingesetzt werden, wie die Arbeit der Arbeiter*innen organisiert wird und wie Gebäudedekontamination und -freigabe erfolgen.

3.1 Vortrag

Herr Wentzke erläuterte, worum es bei der Gebäudedekontamination und -freigabe geht:

- Es geht um das Entfernen von Kontamination (anhaftende Verunreinigung mit radioaktiven Stoffen) von Wänden, Böden, Decken, Fugen
- Ziel ist die Freigabe der Gebäude zum Abriss nach den Vorgaben der Strahlenschutzverordnung, d.h.
 - Der Abriss erfolgt wie bei jedem konventionellen Gebäude
 - Für die Verwertung oder Entsorgung des anfallenden Abbruchmaterials gibt es keine Einschränkungen
- Alle anderen Gebäude werden im Rahmen der Geländefreigabe betrachtet.
- Vorgehen bei der Gebäudedekontamination und -freigabe gemäß DIN 24457-6
Verfahrensschritte: Voruntersuchung - Dekontamination - Entscheidungsmessung

Des Weiteren gab Herr Wentzke einen Einblick, wie der Rückbau in Würgassen organisiert wurde und wie er dann am Kernkraftwerk Unterweser vollzogen wird. Zunächst wurden „Musterräume“ ausgewählt, um die Verfahren, die Gerätetechnik, die Messgeräte, die Dokumentation und die Projektstruktur zu erproben. Das Konzept dafür muss durch die atomrechtliche Aufsichtsbehörde und ihre Sachverständigen geprüft und genehmigt werden. Die Räume müssen zunächst vermessen und beschriftet, dann radiologisch kategorisiert werden. Alle für die Freigabeentscheidung relevanten Informationen müssen dokumentiert werden. Dazu gehören auch Vorgaben für Arbeiten, Logbücher der Zutritte mit

Messprotokollen (Ausschluss von Kontaminationsverschleppung), Raumgeometrien nach Dekontamination usw.

Zentrale Dokumente sind die Berichte „Voruntersuchung“ und „Entscheidungsmessung“. Hier werden die Messergebnisse dokumentiert und es erfolgt die Bewertung der Messergebnisse für Betonstrukturen und für sonstige in der Gebäudestruktur verbleibenden Materialien. Dazu gehören zusätzlich umfangreiche elektronische Datenbestände mit Messdaten, Geräteeinstellungen etc.

Abschließendes Dokument ist ein Gesamtbericht zum Nachweis, dass alle Anforderungen der Strahlenschutzverordnung und der Aufsichtsbehörde für die Freigabe der Gebäude zum Abriss erfüllt sind. Nach Prüfung des Berichts erteilt die Behörde die Zustimmung zum Abriss.

Die vollständige Präsentation ist auch auf der Homepage des Landkreises Wesermarsch abrufbar: <http://www.landkreis-wesermarsch.de/>.

3.2 Diskussion

Die erste Frage bezog sich auf den Abriss der Kuppel des KKU und ob diese von außen oder innen abgerissen wird. Herr Wentzke erklärte, die Kuppel werde zuerst von innen gereinigt und freigemessen, damit sie dann in einem nächsten Schritt konventionell abgerissen werden kann.

Ein Teilnehmender wollte wissen, auf welcher rechtlichen Grundlage die Arbeiter*innen arbeiten bzw. auch kontrolliert werden. Dies ist die Strahlenschutzverordnung, so Herr Wentzke.

Die nächste Frage bezog sich darauf, wo der Bauschutt gelagert wird. Herr Wentzke erläuterte, dass rund die Hälfte des Bauschutts freigegeben werde. Darunter fallen bspw. Metalle, die dann von Schrotthändlern abgeholt werden. Ein weiterer Teil des Schutts ist Abfall, der deponiert wird und entsprechend zur Deponie transportiert wird. Zudem gibt es beim Abriss Gegenstände, die in die Zyklierung kommen, d.h. sie werden eingeschmolzen und in der Kerntechnik weiterverwendet.

Auf den Rückbau in Würgassen bezogen, wollte ein anderer Teilnehmender wissen, ob es während der Bauarbeiten Störfälle gegeben hat. Herr Wentzke erklärte dazu, dass es im Betrieb von Kraftwerken verschiedene Arten von Störfällen gebe. Der Begriff „Störfall“ bedeutet dabei nicht, dass es einen Unfall gegeben habe und Radioaktivität freigesetzt wurde. Störfälle sind auch Fehler in Abläufen, die nicht mit radioaktivem Material in Verbindung stehen. Beim Rückbau von Würgassen gab es im genannten Sinne Störfälle. So gab es schwere Arbeitsunfälle einiger Mitarbeiter. Radioaktivität wurde während des Rückbaus aber nicht freigesetzt.

An diese Erläuterung schloss sich die Frage an, ob beim Rückbau jeder Quadratmeter und die Decke auf Kontaminierung untersucht werden.

Herr Wentzke erklärte, dass in der Voruntersuchung überall, wo Kontaminationen möglich sein könnten, diese Flächen näher betrachtet werden. Nach der Voruntersuchung folgt die Entscheidungsmessung für jeden Quadratzentimeter.

Darauf bezogen wurde von der Delegationsreise nach Würgassen berichtet. Bei dieser hätte man gesehen, dass der Boden sehr „löchrig“ war, also an vielen Stelle Stücke vom Boden fehlten. Herr Wentzke erklärte, dies sind die Bereiche, in denen (bei der Voruntersuchung) Kontaminationen identifiziert und dann entsprechend entfernt wurden. Das entnommene Material wird dann gemessen und entsprechend verpackt. Meistens handelt es sich um schwach- bis mittelradioaktive Abfälle, die in Mosaikbehältern verpackt werden.

4 Pause

5 „Sicherer Rückbau“

Dr. Michael Knaack griff in seiner Präsentation weitere Rückbauaspekte auf. Er ging dabei auch auf das Stilllegungskonzept für das KKW ein. Grundsätzlich ist die Stilllegung der gesamte Zeitraum von der Beendigung des ursprünglich genehmigten Betriebes bis zur Entlassung der kerntechnischen Anlage aus der atomrechtlichen Überwachung. In dieser Zeit verändern sich die technischen Fragestellungen sowie die Anforderungen aus dem Regelwerk, bis das Ziel der Entlassung aus dem Atomgesetz (AtG) erreicht ist.

5.1 Vortrag

In seiner Präsentation verglich Herr Dr. Knaack auch zwei verschiedene Stilllegungskonzepte: Den sichereren Einschluss mit anschließendem Abbau sowie den sofortigen Rückbau.

Sicherer Einschluss mit anschließendem Abbau	
Vorteile	Nachteile
Aktivität klingt ab (Co 60 in 30 Jahren um den Faktor 64)	Kenntnisverlust
geringere Kollektivdosis	Vorarbeiten in gleicher Ortsdosis wie bei unmittelbarer Beseitigung
höherer Wiederverwertungsanteil	ca. 30 Jahre regelmäßige Kontrolle

	Lebensdauerbetrachtung für sicherheitsrelevante Komponenten/Gebäude erforderlich
	Infrastruktur wie z.B. Hebezeuge muss weiter vorgehalten bzw. nachgerüstet und ertüchtigt werden
	Bei ungünstiger Aktivitätsverteilung Freigabe und Strahlenschutzmaßnahmen kostenintensiv

Sofortiger Abbau	
Vorteile	Nachteile
Betriebspersonal und damit Erfahrungspotential für Abbau nutzbar	höhere Kollektivdosis
Betriebsgeschichte gut bekannt	erhöhter Aufwand bei fernbedientem Abbau und Abschirmungen
Kostenaufwand ist durch überschaubaren Zeitraum besser kalkulierbar	zzt. Zwischenlagerung der rad. Abfälle erforderlich
Nutzung vorhandener Infrastruktur	
zusätzliche Lebensdauerbetrachtung nicht erforderlich	
Die Anlage unterliegt der aktuellen Gesetzgebung und Normung	

Zudem stellte Herr Dr. Knaack die Anforderungen an das Stilllegungskonzept vor. Diese sind:

- Beschreibung der wesentlichen Maßnahmen zum Abbau der Anlage
- Zeitliche Abfolge muss geplant sein
- Gegenseitige Abhängigkeiten müssen berücksichtigt werden

- Berücksichtigung der kerntechnischen Schutzziele
 - Einschluss radioaktiver Stoffe
 - Begrenzung der Strahlenexposition
- Strahlenschutz
- Arbeitsschutz
- Brandschutz
- Berücksichtigung der Erfahrungen aus früheren Abbauverfahren

Die vollständige Präsentation ist auch auf der Homepage des Landkreises Wesermarsch abrufbar: <http://www.landkreis-wesermarsch.de/>.

5.2 Diskussion

Zum Vortrag gab es die Nachfrage auf einen der Punkte beim Zerlegungsverfahren auf Seite 18. Hier wurde um eine Erklärung gebeten, was genau mit dem Begriff „Mobilisierung“ („Eine Mobilisierung radioaktiver Stoffe (Stäube etc.) soll möglichst gering sein“) gemeint ist. Herr Dr. Knaack erklärte, damit sei gemeint, dass bei der Zerlegung möglichst wenig Stoffe abfallen bspw. Staub, wenn mit der Säge gearbeitet wird.

Zudem wurde nachgefragt, was sich konkret hinter der Beschreibung bzw. dem Begriff „Grüne Wiese“ verbirgt. Hier erklärte Dr. Knaack, dass mit dem Rückbau alle Gebäude und Gebäudestrukturen entfernt werden und am Ende tatsächlich nur noch eine Wiese übrig ist. Diese muss zudem eine Qualität haben, dass sie bedenkenlos von allen betreten werden kann.

6 Ideensammlung Bürgerdialog „Nachnutzung“

Ein Mitglied bedankte sich für die Möglichkeit der Ideensammlung. Es sei gut, dass viele kritische Fragen gestellt wurden. Man müsse nun auch die Frage stellen, was nach dem Rückbau passiere. Bei den betroffenen Flächen handelt es sich um Sondergebiete, die man entsprechenden Gewerben anbieten könne. Hier müsste man sich schon heute Gedanken machen. So habe das Gelände zum einen Anschluss an Stromnetz und ist zum anderen am Wasser gelegen. Zudem müsse man diskutieren, was mit den wegfallenden Arbeitsplätzen passiere.

Daraufhin wurde eingewendet, dass man heute noch gar nicht wissen könne, was im Jahr 2030 ist. Jetzt ist der Abbau interessant, soweit vorausschauende Planungen seien verfrüht.

Darauf wurde entgegnet, dass bspw. beim Kraftwerk in Greifswald, das Maschinenhaus der Weiternutzung zugeführt wurde und sich dort ein Kran- und Schiffsbauunternehmen angesiedelt hat. Solche Entscheidungen bzw. Entwicklungen müssen frühzeitig beim Rückbau eingeplant werden.

Dazu wurde ergänzt, dass es wichtig sei, die Frage zu klären, ob bestehende Strukturen weitergenutzt werden können. Zudem verliere die Region einen ihrer größten Arbeitgeber. Wie dieser Entwicklung entgegen gewirkt werden kann, muss frühzeitig geklärt werden. Sich im Jahr 2030 darum zu kümmern, wäre zu spät. Das ganze Umfeld verändere sich auch für die Gemeinden. Wie soll man damit umgehen, dass zunehmend Fremdfirmen den Rückbau umsetzen? Man sollte also die ganze Region in den Blick nehmen. Vor diesem Hintergrund ist es spannend, mögliche Entwicklungen und Möglichkeiten der Nachnutzung zu diskutieren. So können man bspw. über eine Ansiedlung der Schaltanlage Elsfleth im Standort nachdenken.

Es wurde hinzugefügt, dass die Gemeinde Stadland bereits jetzt über mögliche Entwicklungen spricht. Hier könnte man die Chance nutzen und frühzeitig etwas anstoßen.

Des Weiteren wurde darauf hingewiesen, dass man auch die Jugend der Region denken müsse. Ihr muss eine Perspektive angeboten werden in der Region zu bleiben und auch zu arbeiten. Solche Anreize lassen sich nicht kurzfristig gestalten. Deswegen sei es wichtig, hier jetzt erste Ideen zu sammeln.

Dem stimmten die Anwesenden zu.

7 Verabschiedung

Herr Wenholt bedankte sich bei den Anwesenden für ihre Beiträge. Er blickte dann nochmal auf die letzten Veranstaltungen zurück. Im Vorfeld hatte man mit vielen Akteuren aus der Region gesprochen und nach Themen gefragt, die Ihnen wichtig sind. „Wie läuft der Rückbau?“, „Was passiert danach?“, „Wie werden das Kraftwerk bzw. Boden, Wasser und Luft?“ überwacht. Diese Fragen hätte man im Dialogprozess aufgegriffen. Es ist schade, dass sich nicht mehr Leute hierfür interessiert haben.

Herr Wenholt ging dann auf die Kritik ein, dass es sich um eine „Jubelveranstaltung Pro-Atom“ handelt. Ziel war es, den Bürger*innen neutrale Informationen zum Rückbau zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden Wissenschaftler, Behörden, aber auch atomkritische-Institutionen wie das Öko-Institut und natürlich auch die für den Rückbau verantwortliche Betreiberin eingeladen. Bei der Diskussion um die Rolle der Betreiberin, müsste zudem beachtet werden, dass dies im Förderbescheid des Niedersächsischen Umweltministeriums enthalten ist. Insgesamt gab es ausreichend Möglichkeiten die vorgestellten Inhalte zu hinterfragen. Auch haben die atomkritischen Initiativen mehr Plätze im Forum erhalten.

Hieran anschließend bat Herr Reinstrom als Vertreter der Betreiberin um das Wort und erklärte, man habe über alle Veranstaltungen hinweg, die teils komplexen Inhalte möglichst laienverständlich dargestellt. Alle Informationen, die gegeben wurden, sind beleg- und nachprüfbar. Bei einem solchen Projekt sei es nicht verantwortbar Ängste auf Basis falscher Informationen zu schüren. Man werde sich auch weiter bemühen, alle Fragen verständlich zu beantworten und weiterhin mit allen Interessierten in einem sachlichen Dialog zu bleiben.

Abschließend bedanke sich Frau Krause für die Teilnahme und Wortbeiträge. Sie wies dabei auf den dritten Bürgerdialog hin.

Dieser findet statt am:

Bürgerdialog III - Nachnutzung

Samstag, 26.05.2018

14:00 – 18:00 Uhr in der Markthalle Rodenkirchen